



Vorlage KuSA_25/2015
zur öffentlichen Sitzung des
Kultur- und Schulausschusses
am 25.11.2015

An die
Mitglieder
des Kultur- und Schulausschusses

Sachstandsbericht Europaangelegenheiten

Turnusmäßig berichten wir im Kultur-, Schul- und Europaausschuss über aktuelle Entwicklungen und Vorgänge auf europäischer Ebene, die den Landkreis Ludwigsburg betreffen.

Informationsreise des Kultur-, Schul- und Europaausschusses vom 20. bis 22. Oktober 2015 nach Brüssel

Wie nach den Kommunalwahlen 2010, gab es auch in diesem Jahr – in der neuen Amtsperiode des Kreistags – eine Informationsreise des Kultur-, Schul- und Europaausschusses nach Brüssel. Die Reise mit 23 Kreisrätinnen und Kreisräten fand vom 20. bis 22. Oktober 2015 statt.

Es stand der Besuch der baden-württembergischen Landesvertretung, des Ausschusses der Regionen, des Europarlaments und des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen auf dem Programm. Außerdem hatten wir Gespräche mit folgenden Vertretern:

- Georg Huber, Leiter des Europabüros des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands
- Evelyne Gebhardt, MdEP
- Walter Leitemann, Rat der Gemeinden und Regionen Europas
- Sabine Meigel, Leiterin des Europabüros des Verbands Region Stuttgart
- Eyke Peveling, Referatsleiter in der baden-württembergischen Landesvertretung
- Klaus Hullmann, Besucherdienst beim Ausschuss der Regionen
- Tanja Struve, Leiterin des Europabüros des Deutschen Landkreistags
- Kommissar Günther Oettinger, Europäische Kommission
- Vizepräsident Rainer Wieland, Europäisches Parlament
- Dr. Marin Silzer, Leiter des Europabüros der Baden-Württembergischen Kommunen
- Caroline Bogenschütz, Referentin im Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen

Während der Reise haben wir viele interessante Eindrücke und Informationen erhalten sowie aufschlussreiche Gespräche über die aktuellen Themen in Brüssel und über die Kommunikationswege auf europäischer Ebene geführt. Es wurde deutlich, wie wichtig es ist, dass auch die kommunale

Ebene ihre Interessensvertreter vor Ort hat, die in unserem Sinne arbeiten und wichtige Informationen aus Brüssel direkt zu uns schicken.

Georg Huber vom Europabüro des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) informierte uns über die derzeit geplante europäische Kapitalmarktunion, im Zuge derer auch eine Einlagensicherung für alle Banken verpflichtend werden soll, was besonders für die Sparkassen – die es in dieser Form nur in Deutschland und Österreich gibt – zu weitreichenden Konsequenzen führen würde.

Das Thema Asylpolitik und die gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa wurden mit nahezu allen Gesprächspartnern diskutiert. Evelyne Gebhardt, MdEP, verwies auf die Fluchtursachen und gab vor dem Hintergrund des Klimawandels zu bedenken, dass in den kommenden Jahren voraussichtlich zusätzlich zu den Bürgerkriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen auch noch „Klimaflüchtlinge“ nach Europa kommen werden. Wie auch der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, MdEP, verdeutlichte sie die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Lösung, die Kompromisse von allen Mitgliedstaaten fordere, jedoch die einzige Möglichkeit darstellt, dass sich Europa als echte Union beweisen kann. Für den Erfolg des europäischen Projekts scheint die Problematik in der Tat eine Zerreißprobe darzustellen.

Walter Leitermann vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) stellte den RGRE, den einzigen, europaweit agierenden kommunalen Dachverband und Interessensvertreter, vor und ging in diesem Zusammenhang auch auf die Neuerungen beim Transparenzregister ein, nach denen kommunale Vertreter wie Lobbyisten von Wirtschaftsunternehmen behandelt werden und sich in das Transparenzregister, das die Einflussnahme von Interessensvertretern dokumentiert, eintragen müssen.

Sabine Meigel, Leiterin des Europabüros des Verbands Region Stuttgart (VRS), stellte bei dem Gespräch ihre Arbeit vor. Neben der Region Stuttgart habe nur die Region Frankfurt als zweite deutsche Region eine Vertretung in Brüssel. Das Europabüro des VRS bestehe seit 2002.

Eyke Peveling, Referatsleiter in der baden-württembergischen Landesvertretung, informierte über seine Arbeit. Das gemeinsame Europabüro der baden-württembergischen, bayerischen und sächsischen Kommunen sei eine Ausnahme; in der Regel haben die einzelnen Bundesländer nur Landesvertretungen. Die baden-württembergische Landesvertretung beschäftigt 29 Mitarbeiter, aus jedem baden-württembergischen Ministerium ist mindestens ein Fachreferent in Brüssel, außerdem eine Beobachterin des Landtags. Die baden-württembergische Landesvertretung richtet rund 330 Veranstaltungen pro Jahr aus. Auch die Zahlen, die Herr Peveling im europäischen Kontext nannte, sind beachtlich: Das Europäische Parlament zählt 751 Abgeordnete (darunter 96 aus Deutschland, davon 11 aus Baden-Württemberg). Daneben gibt es 28 Kommissare und etwa 30.000 Bedienstete bei der Europäischen Kommission in 41 Generaldirektionen, außerdem den Rat der EU mit etwa 3.500 Mitarbeiterin in 10 Fachministerräten. Hinzu kommen die Diplomaten aus 28 Mitgliedstaaten sowie ca. 18.000 Interessensvertreter. Von letzteren haben etwa 4.000 ein Büro in Brüssel, außerdem gibt es rund 300 Regional- und Kommunalvertretungen. Diese Zahlen sollen veranschaulichen, wie viele potentielle Gesprächspartner die baden-württembergischen Vertreter in Brüssel haben und wie wichtig die Netzwerkarbeit auf allen Ebenen ist. Eine zentrale Aufgabe der Landesvertretung ist es daher, einen Dialog zwischen den Vertretern aus Baden-Württemberg und der EU zu verschiedenen Fachthemen herzustellen. Herr Peveling fasste die Aufgaben der Landesvertretung wie folgt zusammen: Sie ist „Horchposten“, „Europapolitisches Sprachrohr“, „Plattform für Dialoge“ und „Werber für das Land Baden-Württemberg“ zugleich.

Klaus Hullmann vom Besucherdienst des Ausschusses der Regionen (AdR) erläuterte dessen Arbeit näher. Der AdR zählt 350 Mitglieder, darunter 24 Vertreter aus Deutschland. Gleichzeitig sind beim AdR 560 Bedienstete beschäftigt. Sein Haushalt beträgt 89 Mio. Euro. Auch Herr Hullmann verdeutlichte, dass inzwischen etwa 70 bis 80 Prozent des EU-Rechts für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften relevant sind. Besonderheit des AdR ist, dass er im Gegensatz zu den Landesvertretungen und den Europabüros ein Recht auf Anhörung durch die Europäischen Kommission und den Europäischen Rat hat. Der Ausschuss der Regionen ist also die gebündelte Interessensvertretung aller kommunalen Belange. Da in der kommenden EU-Haushaltsperiode 325 Mrd. Euro für die Regionalförderung bereitstehen, ist es eine wichtige Aufgabe des AdR, sich für deren Verteilung und Verwendung einzusetzen. Auch der AdR sieht sich neben der Interessensvertretung als Beobachtungsstelle und als Ort der Begegnung für kommunale und regionale Belange. In den kommenden Jahren möchte er sich verstärkt für eine Vereinfachung der EU-Rechte für die Kommunen und Regionen stark machen. Das Präsidium des AdR zählt 63 Mitglieder, in den AdR kommen jährlich rund 15.000 Besucher (ohne Veranstaltungen). Rechtsakte, an denen der Ausschuss der Regionen in letzter Zeit beteiligt war, war beispielsweise die Feinstaubrichtlinie oder die Europäische Bürgerinitiative, außerdem die Beihilfen für Flughäfen und das EU-Siegel für die Herkunftsangabe von Produkten. Besonderheit ist außerdem, dass der AdR ein beratendes Gremium ist und seine Mitglieder als Kommunal-/Regionalvertreter aktiv sein müssen. Sie erhalten daher kein Gehalt, sondern „nur“ eine Aufwandsentschädigung. Aus unserer Gegend war der ehemalige Landrat des Hohenlohekreises, Helmut Jahn, bis zu seinem Amtsende Mitglied im AdR.

Tanja Struve, Leiterin des Europabüros des Deutschen Landkreistags, stellte ebenso ihr Aufgabengebiet vor, wie Kommissar Günther Oettinger. Auch er machte die europäische Flüchtlingspolitik zum zentralen Thema seines Vortrags.

Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, MdEP, stellte das Europäische Parlament und seine Dimensionen vor. Bei dem Gespräch mit ihm ging es unter anderem um das Transparenzregister, die geplante Kapitalmarktunion und Einlagensicherung im Bankenwesen sowie die europäische Flüchtlingspolitik. Auch Herr Wieland plädierte für eine Vereinheitlichung der Richtlinien in Europa, die sicher nicht ohne Zugeständnisse von allen Seiten zustande kommen werde. Ferner sollten Anreize geschaffen werden, damit sich Flüchtlinge auch tatsächlich registrieren lassen. Generelle Schwierigkeit bei dem Thema sei, dass die EU sehr lange gewartet und die ersten Hilferufe aus Griechenland und Italien von vor einigen Jahren nicht wahrgenommen habe. Nun stehe man vor dem Problem, dass Vertragsänderungen im EU-Recht Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten voraussetzen und die Ratifizierung von Änderungen rund ein bis zwei Jahre dauere – Zeit, die man angesichts der drängenden Problematik aktuell nicht hat. Das Gespräch mit ihm gab einen umfassenden Überblick über die komplexen Zusammenhänge der europäischen Politik.

Zum Abschluss der dreitägigen Informationsreise berichtete Dr. Martin Silzer, Leiter des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen, über die Arbeit des Europabüros als unser erster Ansprechpartner in Brüssel und veranschaulichte nochmals die Zusammenhänge und die komplexen Kommunikations-, Informations- und Kontaktwege in Brüssel. Er stellte den Gesetzgebungsprozess auf europäischer Ebene und sowohl die Einflussmöglichkeiten als auch die Betroffenheit der kommunalen Ebene dar und informierte ganz konkret über die Leistungen des Europabüros für die Kommunen in seinem Zuständigkeitsbereich. Das Europabüro empfängt etwa 40 Besuchergruppen pro Jahr. Außerdem ging er näher auf das Thema TTIP ein, bevor seine Kollegin, Caroline Bogen-schütz, zum Abschluss die Problematik einer einheitlichen Europäischen Asylpolitik ansprach.

Fazit: Die Informationsreise hat uns viele interessante Informationen und ein besseres Verständnis der Zusammenhänge auf europäischer Ebene vermittelt und abermals vor Augen geführt, wie wich-

tig es ist, sich auf kommunaler Ebene mit Europa zu befassen – schließlich betreffen uns die Vorgaben aus Brüssel direkt, hier vor Ort, in Ludwigsburg. Brüssel ist nicht so weit weg, wie es manchen immer noch erscheint.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme